

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 8 (1986)
Heft: 31

Artikel: Offene Kritik an Atompolitik : polnische Reaktionen auf Tschernobyl
Autor: Zietkiewicz, Grzegorz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Offene Kritik an Atompolitik



Polnische Reaktionen auf Tschernobyl

Auch in Polen hat die Katastrophe von Tschernobyl die Menschen aufgeschreckt. Massive Kritik an der Informationspolitik der Regierung und am polnischen Atomprogramm wurde laut. Es ist wohl einmalig in einem Ostblockland, daß in der Untergrundpresse und in katholischen Zeitungen die Probleme so offen angesprochen wurden. Und nicht nur das: die Regierung antwortete in einer Stellungnahme.

Wir baten Grzegorz Zietkiewicz, die Diskussion anhand der zugänglichen Veröffentlichungen nachzuzeichnen.

von Grzegorz Zietkiewicz

»Das tragische Ereignis von Tschernobyl (...) bringt uns Durchschnittsmenschen mit ganzer Macht die Bedrohung ins Bewußtsein, die von der Nutzung der Kernenergie nicht nur für militärische sondern auch für friedliche Zwecke ausgeht. Wenige in Polen verstehen den Kampf der 'Grünen' und der ökologischen Bewegung des Westens gegen diese risikoreiche Technik. Heute kann man aber sehen, wie leicht wir zu 'Zauberlehrlingen' werden können und Kräfte in Gang setzen, über die wir keine Kontrolle haben« – schrieben in einem Bericht vom 20. Mai 1986 Mitglieder des 'Komitees zur Verteidigung des Rechts'.¹

Die Katastrophe von Tschernobyl berührte in Polen jeden, denn jeder fühlte sich von den todbringenden Strahlen bedroht. Wir haben es deshalb auch mit Reaktionen und Stellungnahmen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zu tun. In einer Verlautbarung, die kurz nach der Katastrophe von dem provisorischen Koordinationskomitee der Solidarność herausgegeben wurde, hieß es:

»Informationen über die Explosion im Kernkraftwerk von Tschernobyl (...) gab es erst, als die radioaktive Wolke bereits Polen erreicht hatte (...). Hinter einem Wust an Zahlen und Fachausdrücken fehlten aber grundlegende Informationen darüber, welche Gegenden aktuell von erhöhter Strahlung betroffen waren. Es fehlte

auch an schnellen und unmißverständlichen Anweisungen zum Schutz vor der Strahlenverseuchung insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche. In einer Situation, in der der Regierungssprecher auch in vielen anderen Dingen offenkundig lügt, konnte die Gesellschaft kein Vertrauen in regierungsamtliche und von niemandem zu überprüfende Informationen haben (...).

Die Explosion von Tschernobyl richtete auch die Aufmerksamkeit auf Fragen des Umweltschutzes. Noch nie zeigte sich bisher derart deutlich, wie stark dies mit Problemen der freiheitlichen Organisation und freier Information verbunden ist. Bis zum August 1980 waren Angaben über die Umweltverschmutzung in Polen restlos der Zensur unterworfen.«²

Reaktionen auf Tschernobyl

Was konnte ein normaler polnischer Bürger in den ersten Tagen nach der Katastrophe in Erfahrung bringen? Auf diese Frage antwortete eine Kurzumfrage, die in Krakau durchgeführt wurde und die die Untergrundzeitschrift »Tygodnik Masowsze« veröffentlichte.

»Mittwoch 30. April

Der Pressesprecher der Stadt weiß von nichts und verweist an den Lehrstuhl für Umweltschutz der Universität.

Dort wissen sie auch nichts und verweisen weiter an die Forschungsstelle des Umweltamtes, die sich speziell mit Problemen der Strahlenbelastung beschäftigt. Dort werden keine Auskünfte erteilt und an das polnische Gesundheitsamt verwiesen.

Gesundheitsamt: Dort erfährt man, daß routinemäßig Radioaktivitätsmessungen einmal am Tag durchgeführt werden, jetzt jedoch alle vier Stunden; eine Erhöhung der Meßwerte wurde gestern abend beobachtet, etwa das zwei- bis dreifache, was sich jedoch innerhalb der polnischen Normen bewegt.

Metereologisches Institut: Wir führen keine Messungen durch. Garnisonskommandantur – der diensthabende Offizier: Ich darf über unsere Ergebnisse nichts sagen, aber es besteht kein Grund zur Besorgnis.



Die Fotos zeigen eine Demonstration in Breslau am 9. Mai 1986 gegen das polnische Atomprogramm und die staatliche Informationspolitik. Die Fotos stammen von der unabhängigen Fotoagentur DEMENTI.

Militärisches Institut für Hygiene und Epidemiologie: Keiner nimmt den Hörer ab.

Donnerstag, 1. Mai

Gesundheitsamt: Die Luftbelastung war am Mittwoch nachmittag maximal, jetzt geht sie zurück. Sie geben keine Werte an und verweisen an den Wojewodschaftsarzt.

Wojewodschaftsarzt: Es trat eine Stabilisierung ein, die Luft ist in Ordnung, die Belastung des Wassers ist doppelt so hoch wie normalerweise, aber nach dem Abkochen verringert sie sich um die Hälfte (eine sogar für Laien völlig absurde Information), der Boden ist Belastet. Besser nicht aus dem Haus gehen, kein Wasser trinken und Jod einnehmen.

Sonntag, 4. Mai

Wojewodschaftsarzt: Kinder kann man nach draußen schicken, aber besser nicht in den Sandkasten. Rufen sie das Gesundheitsamt an, die sagen ihnen mehr.

Gesundheitsamt: Luft und Wasser sind in Ordnung, beim Boden besser aufpassen – wir wissen nicht, wie hoch die Belastung ist. Wir können Ihnen die Werte für die Luftbelastung geben: Hintergrundstrahlung 0,02, am Mittwoch stieg sie auf 0,055, am Samstag fiel sie wieder auf 0,04. Ausnahmsweise gebe ich Ihnen die Werte für Milch: Der Grenzwert beträgt 1 000, die Belastung bei Milch ist zur Zeit 50 bis 100, trotzdem empfehlen wir, sie nicht zu trinken. Die Isotopenzusammensetzung der radioaktiven Niederschläge kennen wir nicht, weil wir sie nicht messen.³

Die Reaktion der Gesellschaft auf ein solches Durcheinander ließ nicht lange auf sich warten. Zwischen dem 8. und 13. Mai organisierte das regionale Koordinationskomitee der Solidarność in der nord-östlichen Stadt Białystok eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den polnischen Sejm (Parlament), in der ein Verzicht auf den Weiterbau des ersten polnischen Kernkraftwerkes, das seit einigen Jahren in Zarnowiec in der Nähe von Danzig gebaut wird, gefordert wurde. Diese Petition stellt den bislang einzigen in größerem Stil organisierten Bürgerprotest gegen Kernkraftwerke in einem sozialistischen Land dar. Bis zum 31. Mai unterschrieben 2 974 Einwohner von Białystok die Petition, darunter mehr als 400 Ärzte. In der Petition heißt es u.a.

»Wir, die unterzeichneten Einwohner von Białystok, wenden uns an den Sejm mit der Forderung:

Erstens: die Bauarbeiten am Kernkraftwerk in Zarnowiec solan-

ge einzustellen, bis die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Diese Investition ist der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) zur Beurteilung und Kontrolle vorzulegen und anschließend sollen Bau und Betrieb unter ihrer Aufsicht erfolgen.
2. Es sind die modernsten und als sicher anerkannten Systeme zur Verhütung von Störfällen und ihren Folgen anzuwenden.
3. Die Öffentlichkeit ist über alle wesentlichen Erkenntnisse in dieser Sache zu unterrichten.

Zweitens: auf dem Wege der Gesetzgebung die folgenden Bedingungen für die friedliche Nutzung der Atomenergie in Industrie und Energieversorgung sicherzustellen:

1. Alle diese Energie nutzenden Industrieanlagen sind sowohl während der Bauzeit als auch im Betrieb der Aufsicht und Kontrolle der IAEA zu unterstellen.
2. Es werden bewährte und dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Sicherheitssysteme angewandt.
3. Alle Investitionsvorhaben in diesem Bereich werden der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.
4. Der Standort des Vorhabens darf nur mit Zustimmung der Bewohner des jeweiligen Umlandes festgelegt werden.⁴

Es muß nicht betont werden, daß in der Antwort der Regierung, die durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und technischen Fortschritt erfolgte, eine Kontrolle durch die IAEA eine Absage erteilt wurde:

»Die Prüfung des Status ergibt, daß die IAEA beim Bau und Betrieb von kerntechnischen Anlagen und sonstigen Vorhaben, die dem Ausbau der nuklearen Energieerzeugung in einzelnen Ländern dienen, keine Aufsicht und Kontrolle ausübt und auch nicht ausüben kann.⁵

Die polnische AKW-Diskussion

Die Katastrophe von Tschernobyl löste auch in der regierungsunabhängigen, katholischen Presse Diskussionen über die Nutzung der Kernenergie aus. In der Krakauer Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny« schrieben Andrzej Hrynkiewicz, Professor am Institut für Kernphysik an der Krakauer Universität, und Zygmunt Kolenda, Professor an der Akademie für Bergbau und Hüttenwesen:

»Wie sieht vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung der Energieversorgung die Situation in Polen aus? Es ist klar, daß eine Ausweitung der Kohleförderung nicht möglich ist. Die Vorräte an Öl und Gas machen keinen bedeutenden Anteil an der Energieversorgung aus. Sehr kurzsichtig wäre die Umstellung der Energieversorgung auf Braunkohle und Briketherstellung. Das Ergebnis wäre weitere Umweltzerstörung und zunehmende gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung, die regional katastrophale Ausmaße annehmen würde. In den Planungen zur Energieversorgung soll der Anteil der Braunkohle bis zum Jahr 2000 von 27% auf 39% steigen. Es läßt sich aber bereits jetzt vorhersehen, daß in den neunziger Jahren die Lücke in der Energieversorgung so groß sein wird, daß sogar die Braunkohle das nicht ausgleichen kann. Ein zusätzliches Problem ist der hohe Energieverbrauch der polnischen Industrie (z.B. Hüttenwesen), der in absehbarer Zeit kaum gesenkt werden kann. Die Industrie verbraucht, oder besser: vergeudet, gegenwärtig jede Form von Energie.

Die entstandene Situation erzwingt also einen beschleunigten Ausbau der Kernenergie. Dennoch, keines der Vorhaben in diesem Bereich wurde bisher realisiert und die gegenwärtigen Pläne erscheinen wenig realistisch.«⁶

Mit dem Ausbau der Kernenergie wurde in Polen mit erheblicher Verspätung begonnen. Bis zum Jahr 2000 sollen entsprechend der bisherigen Ausbaupläne Kernkraftwerke mit einer Leistung von ca. 8 000 MW installiert werden. Das erste in Zarnowiec im Bau befindliche Kraftwerk hat eine geplante Leistung von 1760 MW und soll 1990 mit der Stromerzeugung beginnen. Das zweite ist an der Warthe geplant, etwa 40 km von Poznan und 120 km von der Grenze zur DDR entfernt. In letzter Ausbaustufe sind vier Leichtwasserreaktoren mit je 1000 MW Leistung geplant.

An andere Einfälle der polnischen Führung erinnert ebenfalls in der Zeitung »Tygodnik Powszechny« Włodzimierz Bojarski, Leiter der Abteilung Energieprobleme im Institut für Grundlagenprobleme der Technik der polnischen Akademie der Wissenschaft in Warschau. Er schreibt u.a.:

»Im letzten Jahr wurden Pläne bekannt, nach denen bis zum Jahr 2000 für Warschau ein atomares Heizkraftwerk in verhältnismäßig geringer Entfernung zur Hauptstadt gebaut werden soll; als Prototyp ein gigantisches Objekt von vier mal 1000 MW Leistung, das zur Zeit seinesgleichen auf der Welt sucht, mit einem offenen Kühlkreislauf, der die meiste Zeit des Jahres die Weichsel aufheizen wird. Die Initiatoren wollen nicht sehen, daß die notwendige Unterstützung für ihre Idee nur durch überprüfte Vergleichsberechnungen für viele andere mögliche Varianten zur Deckung des zukünftigen Heizbedarfs der Hauptstadt erfolgen kann. (...) Es verblüfft auch die Eil- und Leichtfertigkeit dieser Idee, ganz Warschau von einem entlegenen Punkt aus mit Wärme zu versorgen.«⁷

Auch zum Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle macht man sich in Polen seit geraumer Zeit Gedanken. Nach kursierenden

Informationen ist ein Endlager geplant, das nicht nur die Abfälle des ersten polnischen Reaktors in Zarnowiec aufnehmen soll, sondern in dem auch Abfälle aus der UdSSR und DDR gelagert werden sollen. Die offizielle Presse schweigt zu diesem Thema und lediglich in der katholischen »Tygodnik Powszechny« konnte man über die geplante Unternehmung etwas lesen:

»Am 11. August 1980 wurde auf Anordnung des Ministeriums für Forstwesen und Holzindustrie das Naturschutzgebiet 'Nietoperek' eingerichtet. Es befindet sich teilweise in einem Gebiet unterirdischer, alter deutscher Verteidigungsanlagen in der Wojewodschaft Górszów (Landsberg an der Warthe) und nimmt eine Fläche von nur 2,5 ha ein. (...)

Beunruhigt haben uns die Nachrichten über die Absicht, den außerhalb des Naturschutzgebiets liegenden Teil der Festungsanlagen als Lagerstätte für radioaktive Abfälle zu nutzen. Die Behälter mit den radioaktiven Abfällen sollen in den unterirdischen Räumen gelagert werden, die dann sukzessive mit Beton aufgefüllt werden sollen. Es ist klar, daß das ein irreversibler Vorgang wäre. Nach Meinung von Mitarbeitern der Staatlichen Atombehörde beträgt das erforderliche Volumen 260 000 m³ und bei dem geplanten Tempo der Lagerung würde es bis zum Jahr 2025 ausreichen. (...)

Vorausgesetzt, das Vorhaben wird bis zum Jahr 2025 im Ganzen realisiert (wahrscheinlich aber schon früher), dann wird das Naturschutzgebiet lediglich dem Namen nach weiter existieren. Denn es ist so schwerlich zu erwarten, daß die staatliche Atombehörde in die Erforschung der unterirdischen Bunkeranlagen investiert und gleichzeitig mit der Realisierung ihrer Pläne zur Endlagerung beginnt, um dann nach ersten kritischen Äußerungen auf die begonnene Arbeit zu verzichten. Eine stichhaltige Unterstützung der Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in ökonomischer Hinsicht (die erwarteten Einsparungen sollen sich auf ca. 10 Mrd Zloty belaufen) muß das Nachdenken über unsere gemeinsame Pflicht, die Umwelt zu schützen und ihren Bestand als unschätzbares Gut des ganzen Volkes zu erhalten, nachdrücklich einschließen.«⁸

Anmerkungen

- ¹ Praworządność, Zeitschrift des Komitees zur Verteidigung des Rechts, Nr. 4, Mai 1986
- ² Tygodnik Masozwsze, Nr. 170, vom 15. Mai 1986
- ³ ebenda
- ⁴ Praworządność, Nr. 4
- ⁵ Trybuna Ludu, Nr. 137 vom 13. Juni 1986
- ⁶ Tygodnik Powszechny vom 18. Mai 1986, Hrynkiewicz, Kolenda: Kernenergie – Rettung oder Untergang
- ⁷ Tygodnik Powszechny vom 27. Juli 1986, Bojarski: Über Kernenergie etwas bescheidener
- ⁸ Tygodnik Powszechny vom 20. Juli 1986, Bogdanowicz, Ruprecht: Naturschutzgebiet Nietoperek oder Endlager?

Übersetzung aus dem Polnischen: Reinhard Behnisch



Giftfrei schlafen ...

... in rintelen-Naturbetten!

Vom Vollholzbett über die Stroh kernmatratze bis zur Zudecke wird alles aus wirklich naturbelassenen Rohstoffen hergestellt. Wir verzichten auf Kunststoff, chemische Ausrüstung und Metall.

rintelen-Naturbetten bekommen Sie nur bei uns. Lieferung frei Haus.

Wollen Sie mehr wissen, dann fordern Sie bitte kostenlose Produktbeschreibungen von

J. Rintelen · D-2724 Horstedt 136 b · 0 42 88 / 211

Bitte einsenden an:
J. Rintelen, D-2724 Horstedt 136 b

Coupon

Senden Sie mir Ihre kostenlosen Produktbeschreibungen!
Anschrift:
